

## Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 29.8.2022

### **Organisation**

Misereor, Brot für die Welt, Heinrich-Böll-Stiftung, Amnesty International mit Beteiligung von INKOTA-netzwerk, Deutscher Caritasverband e.V. und Romero Initiative (CIR)

### **Länderthema:**

El Salvador

### **Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:**

Seit Beginn der Präsidentschaft des einstigen Hoffnungsträgers Nayib Bukele im Juni 2019 kam es in El Salvador zu einem massiven Abbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, einer Vertiefung korrupter Praktiken, einer drastischen Militarisierung des öffentlichen Lebens sowie einer Verfolgung von Oppositionspolitiker\*innen, unabhängigen Journalist\*innen und Vertreter\*innen der kritischen Zivilgesellschaft.

#### Demokratie und Rechtsstaat:

Bereits im Februar 2020 kam es zu einem ersten Eklat, als Präsident Bukele den Kongress durch das Militär besetzen ließ, um dessen Zustimmung zu einem Schuldenpaket für Verteidigungsausgaben zu erzwingen. Im Frühjahr 2020 setzte Bukele zudem – unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung – zentrale Grundrechte und demokratische Kontrollmechanismen außer Kraft. Mutmaßliche Verstöße gegen die Lock-Down-Verordnung wurden mit einmonatiger Internierung in Quarantänelagern bestraft. Die Regierung nutzte die Notstandsgesetzgebung, um strategische Infrastrukturprojekte auf den Weg zu bringen und die regulären Kontroll- und Vergabeprozesse für Investitionen zu umgehen.

Seit dem Wahlerfolg seiner Partei, *Nuevas Ideas*, die bei den Parlamentswahlen im Februar 2021 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreichte, agiert Präsident Bukele zunehmend autoritär. Am 1. Mai 2021, in der konstituierenden Sitzung des Parlaments, ließ er – rechtswidrig – sämtliche Verfassungsrichter des Obersten Gerichtshofs sowie den Generalstaatsanwalt vorzeitig absetzen und durch regierungsnahen Personen ersetzen. Recherchen des unabhängigen Online-Mediums *El Faro* zufolge hatten die betreffenden Justizangehörigen Korruptionsfälle in den Reihen der Regierung und Geheimverhandlungen mit den *Maras*, den Jugendbanden, untersucht.

Die Namen zahlreicher Regierungsmitglieder und enger Vertrauter des Präsidenten sind auf der jüngsten Version der US-amerikanischen Sanktionsliste „Engel“ zu finden.

#### Ausnahmezustand und Massenverhaftungen:

Seit dem 27. März 2022 gilt in El Salvador ein dekretierter Ausnahmezustand, der bereits viermal verlängert wurde (Stand: August 2022). Dieser wurde auf Anweisung von Präsident Bukele an das Parlament zunächst für 30 Tage verhängt, nachdem eine brutale Mordserie der berüchtigten Gang *Mara Salvatrucha* (MS-13) innerhalb von drei Tagen 87, zumeist zivile, Todesopfer forderte. Gleichzeitig genehmigte das Parlament zusätzliche Mittel für Polizei und Militär in Höhe von 80 Millionen US-Dollar. Der Ausnahmezustand schränkt vier zentrale Grundrechte ein: (1) das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit; (2) das Recht der Unverletzlichkeit privater Kommunikation (Briefgeheimnis); (3) das Recht, innerhalb von 72 Stunden nach Verhaftung einem Gericht vorgeführt zu werden und (4) das Recht, über die Gründe der Verhaftung informiert zu werden sowie einen Rechtsbeistand und einen fairen Prozess zu erhalten. Zusätzlich hat das Parlament im Eilverfahren mehrere Reformen des Strafgesetzbuchs verabschiedet. Unter anderem droht jetzt Minderjährigen ab zwölf Jahren, denen vorgeworfen wird einer Bandenstruktur anzugehören, eine Haftstrafe von bis zu 10 Jahren; Jugendliche ab 16 Jahren müssen bis zu 20 Jahre ins Gefängnis. Journalist\*innen und Akademiker\*innen, die über die Banden schreiben, drohen Haftstrafen von bis zu 15 Jahren. Regierungsangaben zufolge wurden seit Ende März über 45.000 mutmaßliche Terroristen verhaftet. Lokale NROs, unabhängige Medien und internationale Organisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch* berichten von willkürlichen Massenverhaftungen und beklagen desolate Haftbedingungen. Es gibt Indizien für außergerichtliche Hinrichtungen und Folter in den Haftanstalten. Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation *CRISTOSAL* zufolge sind bislang mindestens 63 Menschen in Haft verstorben. Die Regierung hat mit dem Bau eines sogenannten "Zentrums zur Eindämmung des Terrorismus" begonnen. Die riesige Justizvollzugsanstalt soll dauerhaft Zehntausende mutmaßliche Bandenmitglieder aufnehmen.

#### Zivilgesellschaft und Pressefreiheit:

Trotz wachsender Kritik genießt der Präsident unabhängigen Umfragen zufolge Zustimmungsraten von über 80%. Die aktuell eher verhaltenen Proteste der Bevölkerung richten sich vorrangig gegen

die Wirtschafts- und Finanzpolitik (Einführung des *Bitcoin* als offizielles Zahlungsmittel), die zunehmende Militarisierung, die willkürlichen Massenverhaftungen, die steigenden Lebenshaltungskosten und die Korruption. Die Regierung spricht den Protesten jegliche Legitimität ab und reagiert mit Repression. Präsident Bukele hat angekündigt, die Armee in den kommenden Jahren zahlenmäßig verdoppeln zu wollen. Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen wird in El Salvador durch die Regierung zunehmend behindert und Vertreter\*innen von Organisationen bedroht. Im Juni 2021 kündigte der Präsident einen Kampf gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, Think Tanks sowie Medienschaffende, die für ihn zu einem ideologischen Apparat gehören, an. Auf Twitter bezeichnete Bukele die *Maras* als „bewaffneten Arm der Opposition, der NGOs und der ‚internationalen Gemeinschaft‘“. Als eine weitere Eskalation kann der von Bukele am 09.11.2021 dem Parlament vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung von Geldflüssen aus dem Ausland („Ausländische Agent\*innen-Gesetz“) eingeordnet werden. Neben Instrumenten bürokratischer Gängelung sah dieser eine Steuer in Höhe von 40% auf alle aus dem Ausland stammenden Einnahmen der als „ausländische Agenten“ eingestuft zivilgesellschaftlichen Organisationen vor. Ähnlich wie bei vergleichbaren Regelungen in Russland und Nicaragua würde das Gesetz, das nur nach massivem diplomatischem Druck insbesondere aus Deutschland – zumindest vorläufig – gestoppt werden konnte, dem Gesetzgeber weitgehende Definitionshoheit darüber geben, wen er als „ausländischen Agenten“ einstufen möchte.

Auch die Situation von Journalist\*innen hat sich drastisch verschlechtert. Anfang 2022 wurde bekannt, dass mehrere Dutzend Journalist\*innen, insbesondere der Zeitung *El Faro*, mittels des Spionageprogramms Pegasus monatelang abgehört wurden. Laut der nationalen Journalist\*innenvereinigung (*APES*) gab es 2020 125 Verletzungen des Rechts auf Pressefreiheit, und 2021 219 Übergriffe auf Journalist\*innen.

#### Geschlechtsspezifische Gewalt:

El Salvador hat mit 6,5 Femiziden pro 100.000 Frauen eine der höchsten Femizidraten weltweit. 67 von 100 Frauen haben geschlechtsspezifische Gewalt erlebt, nur sechs von ihnen erstatten Anzeige. Diese niedrige Zahl resultiert aus der Angst vor Repressalien, der Furcht vor Stigmatisierung, Reviktimisierung sowie einem mangelnden Vertrauen in das Justizsystem. Fehl- und Totgeburten werden häufig als Abtreibung oder Kindsmord und somit als Verstoß gegen Artikel 133 des Strafgesetzbuches interpretiert. Im Juli 2022 wurde eine Frau nach einer Fehlgeburt auf dieser Grundlage erstmals zur Höchststrafe von 50 Jahren Haft verurteilt. Bukele lehnt jegliche Verfassungsänderung zum Thema Abtreibung sowie zur gleichgeschlechtlichen Ehe – trotz eines Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall *Manuela* vom November 2021 - strikt ab.

#### **Wir bitten die Bundesregierung:**

- Um eine öffentliche Erklärung und Ausdruck der Besorgnis über die Verlängerung des Ausnahmezustands sowie den systematischen Abbau rechtsstaatlicher Strukturen.
- Sich gegenüber der salvadorianischen Regierung für eine vollständige Aufklärung begangener Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustands, wie z.B. willkürliche Inhaftierungen und Sterbefälle in Haft, einzusetzen.
- Um eine öffentliche Verlautbarung zur Unterstützung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Ausdruck der Besorgnis über die zunehmende Kriminalisierung von Journalist\*innen, insbesondere gegen die Gesetze, welche die Berichterstattung über *Maras* kriminalisieren, sowie gegen den Einsatz des Spionageprogramms Pegasus.
- Sich gegenüber der salvadorianischen Regierung dafür einzusetzen, dass dem IACHR und anderen internationalen Menschenrechtsmechanismen ein Besuch des Landes zur Untersuchung der Menschenrechtssituation gestattet wird.
- Die Kampagne *Las17+* zur Freilassung der Frauen zu unterstützen, die aufgrund von Fehl- oder Totgeburten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.
- Gemeinsame Veranstaltungen der deutschen Botschaft und deutscher Institutionen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort durchzuführen, um die Bedeutung ihrer Arbeit zum Wohl der Bevölkerung zu unterstreichen und weiterer Kriminalisierung vorzubeugen.
- Mit der salvadorianischen Regierung in einen Dialog zur Situation von marginalisierten und kriminalisierten Jugendlichen einzutreten und dabei die Unterstützung bei Wiedereingliederung und die Schaffung von Zukunftsperspektiven zu thematisieren.
- Die Vergabe von finanziellen Mitteln an die Regierung von El Salvador an die Voraussetzung zu knüpfen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen anerkannt und ihre Arbeit nicht behindert wird.
- Eine gemeinsame Erklärung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber der salvadorianischen Regierung initiieren, um El Salvador zur Einhaltung internationaler Rechtsnormen aufzufordern.